

Danger!

Günstigen Wohnraum für Lebensbundprinzip abzugeben!

Neben allerlei überkauften Angeboten auf dem Göttinger Wohnungsmarkt sind stets auch ausgesprochen günstige Zimmer im Angebot: 120€ für ein Zimmer im noblen Ostviertel der Stadt! Klingt gut, oder? Nicht unbedingt, denn bei solchen Angeboten handelt es sich mitunter um Zimmer in Studentenverbindungen, Korporationen. Im Hinblick unterschiedlicher Formen und Ausprägungen der jeweiligen Organisationen der Burschen und Verbinder, verweisen wir an dieser Stelle auf die unregelmäßig erscheinenden Informationsbroschüren zum Thema.

Studentenverbindungen und Korporationen sind stark hierarchisch geprägte Bünde fast ausschließlich männlich Studierender, die zumeist durch ein national-konservatives und reaktionäres Weltbild gekennzeichnet sind. So halten sie auch heute noch nichts von den Ländergrenzen wie sie nach 1945 festgelegt wurden.

Was es mit den günstigen Wohnungsangeboten auf sich hat, wird dem Wohnungssuchenden dabei gerne erstmal verschwiegen und beispielsweise behauptet es handele sich um ein privates Studentenwohnheim.

Im Zweifel hilft es hier beim ersten Telefonat gleich nachzufragen, ob es sich um ein Verbindungshaus handelt. Auch wenn gesagt werden sollte, dass eine Mitgliedschaft unerheblich sei um eines der günstigen Zimmer zu ergattern, ist dringend davon abzuraten auf dieses Angebot einzugehen. Denn der Sinn und Zweck des Wohnens in einem Verbindungshaus erfüllt nur einen Zweck: Die Bereitstellung von elitären Hackfressen für Staat und Nation.

Nicht erst seit dem Skandal beim Burschentag in Eisenach 2012, als liberalere Burschenschaftler ihre Posten innerhalb des rechten Dachverbandes „Deutschen Burschenschaft“ (DB) räumten, da die rechten Umtriebe anderer Verbindungen für sie nicht mehr hinnehmbar waren (z.B. Arierparagraf), haben viele Verbindungen ein Nachwuchsproblem.

(weiter auf Seite 3)

There is something strange in the neighbourhood

Klar, Göttingen ist kein Paradebeispiel für Gentrifizierung, wie etwa bestimmte Stadtteile in Berlin, Hamburg oder Frankfurt a.M., dennoch handelt es sich bei diesem Begriff um einen Mechanismus der kapitalistischen Wertverwertung in Bezug auf Wohnraum, dessen Prozesse sich auch hier in Göttingen niederschlagen. Denn ein „außerhalb“ des Kapitalismus gibt es nicht. Doch warum werden Wohnungen in Ballungsgebieten immer teurer und Leute aus ihren Vierteln verdrängt? Was soll die Mietspekulation? Und warum brennen in regelmäßigen Abständen Autos, werden Fensterscheiben von Läden in „umkämpften“ urbanen Gebieten eingeschlagen, um gegen „die Gentrifizierung“ der Stadtteile vorzugehen? Und was ist Gentrifizierung überhaupt? Diesen und vielen weiteren Fragestellungen wollen wir uns in der brandneuen Redical Times, die ihr ja jetzt in den Händen haltet, annähern. Uns ist bewusst, dass wir viele Einzelaspekte unter den Tisch fallen lassen mussten, auf die ihr uns selbstverständlich gerne hinweisen könnt. Und auch Kritik, ob positiv oder negativ könnt ihr uns gerne zusenden unter redical.m@riseup.net. Dennoch haben wir den Eindruck gewonnen, ein paar wichtige und richtige Dinge über Wohnen und Wohnraum im Kapitalismus herausgefunden zu haben. Also wünschen wir euch viel Spaß bei der Lektüre dieser Zeitung. Um euch einen kleinen Überblick zu geben, werden an dieser Stelle die Grundüberlegungen methodischer und kategorialer Art kurz dargestellt. Da wir euch nicht zum gefühlten tausendsten Mal mit der Marxschen Wertformanalyse und die systematisch logische und historisch konkrete Entfaltung zur kapitalistischen Konkurrenz belästigen wollen, haben wir uns dieses Mal dazu entschieden, kurze Kästen mit Begriffserklärungen zu platzieren. Diejenige, die wissen, was Akkumulation, Mehrwert usw. bedeutet, können einfach durchlesen. Für andere, die nicht oder kaum im Marxschen Kategorienschwung geschult sind, stehen die Erklärungen, die selbstverständlich auch nur Reduktionen sind, am Rand. Der Komplexität des Themas Wohnraum, Bodenpreisbildung, Miete, Zins (-fuß) im Kapitalismus ist geschuldet, dass wir keine analy-

tischen Übergänge vom Feudalismus hin zur kapitalistischen Agrarproduktion vorgenommen haben und somit die Unterschiede z.B. der Differentialrenten bei ungleicher Produktivität und Erträgen außen vorgelassen haben. Des Weiteren haben wir auf Zahlenspielchen bei Miet- und Bodenpreisberechnungen verzichtet, da die Verwendung von Daten und Preisen eine Scheinplausibilität beinhaltet, die selbst hätte reflektiert und dargestellt werden müssen. Im letzten Abschnitt des Artikels werden Beispiele und aktuelle Probleme von Herangehensweisen mit Aktionen und Vorstellungen von Gentrifizierung kurz diskutiert und versucht, unsere Position einzubringen. Über einzelne Aspekte und Aktionen der Gegenwehr gegen Gentrifizierung konnten wir uns jedoch nicht konsensuell einigen, so dass wir bei allgemeinen Bestimmungen geblieben sind. So, aber jetzt genug der Vorrede und viel Spaß mit dem Artikel.

Wie Land zum kapitalistischen Privateigentum wurde

Die Vorstellung, dass alles auf Erden (inzwischen nicht einmal mehr nur dort) irgendjemandem gehören müsse, ist in kapitalistischen Gesellschaften so oft heruntergebetet und nicht nur sprichwörtlich eingebläut worden, dass keine/r mehr wagt zu widersprechen. Auch alternative Überlegungen, die von einem kollektiven Gebrauch aller ausgehen, werden als utopische Spinnerei beurteilt oder wie die herrschende Meinung der VWL es formuliert: Es sei nicht die beste Allokation (Zuweisung) der Waren und Ressourcen für die Menschen. Das ist aber auch kein Wunder bei dem Menschenbild, das in die Hirne der (angehenden) Ökonom*innen gestanzt wird und wurde und anschließend unkritisch reproduziert wird. Das Individuum sei von Grund auf egoistisch und wolle immer seinen Nutzen maximieren. Was dieses Nutzdasein soll, bleibt genauso offen, wie seine vermeintliche Grenze. Kurz gesagt, mit der VWL lässt sich nichts erklären, da sie immer das Vorgefundene in Schemata und mathematische Zahlenspielchen pressen will

und sich dann wundert, dass sie, wie z.B. im Rahmen der Krise seit 2007, als die Orakelheinis dargestellt werden, die sie auch sind. Die Welt ist kein verschissenes Gleichgewichtsdiagramm, das nur hin und wieder korrigiert werden muss, damit der Markt funktioniert. Und vor allem sind Märkte kein neutraler sozialer Spielplatz von Warenkäufern und -verkäufern. Denn die fehlende Möglichkeit teilhaben zu können, setzt schon das Elend voraus. In diesen gesellschaftlichen Verhältnissen steht es keiner/m frei, daran teilnehmen zu wollen, sondern nur unter welchen Bedingungen.

Um diesen Mechanismus und seine Funktionsweisen in einer kapitalistischen Gesellschaft verstehen zu können, sei zuallererst angemerkt, dass der Nationalstaat und seine rechtliche Fixierung (genauer gesagt die des Eigentumsrechts) seine elementare Rechtsform bilden. Geldvermittelter Tausch, sogenannte Geschäfte etc., sind in eine Reihe von Rechtsverhältnissen eingebettet, die die allgemeinen Verkehrsformen des Kapitalismus strukturieren. Das betrifft die Form des Austausches von Waren genauso wie die kontraktliche Vereinbarung der Arbeitskraft. Wenn man in einen Laden geht und als Preis darauf ein Euro steht, dann dürfen an der Kasse keine 2 Euro verlangt werden. Außerdem



ist es den Verkäufer*innen von Waren nicht gestattet, mit unfairen bzw. rechtswidrigen Praxen in Konkurrenz zueinander zu treten. Die erste Bestimmung, die wir also vornehmen können, ist, dass das Eigentum der Privatperson rechtlich durch das staatliche Gewaltmonopol gesichert ist und dem Äquivalenzprinzip der kapitalistischen Verkehrsform entspricht. Dabei verhalten sich die Individuen wie Dinge – Waren – zueinander und abstrahieren von ihrer gesellschaftlichen Form. Das heißt, dass die Individuen in Klassenverhältnisse und somit Produktionsverhältnisse eingebettet sind, die sie jederzeit reproduzieren, aber nicht bewusst gestalten. In der bürgerlichen Gesellschaft ist Privateigentum die rechtliche Grundlage jeglicher wirtschaftlicher Tätigkeit. Mit dieser Zementierung ist der Ausschluss anderer vom Eigentum schon vorausgesetzt. Und folglich ist damit fast jeder Gegenstand zum Eigentumsgegenstand inkorporiert. Wir erleben aber gerade, dass selbst Grundgüter wie Wasser, Ideen und technologisch immaterielle Güter in Eigentumsform gebracht werden sollen. Mit Patent- und Copyright-Verfahren, soll auf den unterschiedlichsten Ebenen und in den unterschiedlichsten Ländern das Recht auf bisher kaum oder noch nicht kapitalisierte Dinge das Eigentumsprinzip angewendet werden. Gerade die Kapitalisierung von lebensnotwendigen Ressourcen, z.B. Wasser, führt global daher zu massiven sozialen Kämpfen deren Ende nicht voraussehbar ist.

Aber der Weg bis Wasser etc. als Allgemeinressource privatisiert werden konnte, war lang und setzt kategorial die Genese des kapitalistischen Privateigentums und Verkehrsformen sowie die Exploitation der meisten Menschen von Land und Produktionsmitteln voraus. Marx hat in dem Kapitel zur ursprünglichen Akkumulation im Kapital (MEW 23) nachgewiesen, dass die Entstehung des Privateigentums – und zwar das kapitalistische – eine Bluts pur hinter sich herzieht und unmittelbar mit gewaltsamer Vertreibung, Verelendung durch Maßnahmen des staatlichen Souveräns gekoppelt ist. Die Loslösung von der feudalistischen Produktionsweise, ging einher mit einer Umgestaltung der Produktionsverhältnisse und Verkehrsformen. Der staatliche Souverän, so zu sehen am Beispiel Englands, hat massiv dazu beigetragen die kapitalistische Produktionsweise zu etablieren. So half er den Grundherren, die Bauern zu vertreiben, die ihre Reproduktion zu diesem Zeitpunkt noch durch Subsistenz und individuelle Mehrarbeit gewährleisten konnten. Die Herrschaftsverhältnisse waren noch durchsichtig. Als landlose/r Bauer*in, musste durch Mehrarbeit; der Anteil „errackert“ werden, den der Souverän in Form von Steuern etc. einforderte. Die Möglichkeit der eigenen und familiären Reproduktion war jedoch durch die unmittelbare Nähe und Form der Produktion weitgehend gewährleistet. Mit der Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise ändert sich jedoch das Herrschaftsverhältnis drastisch: Die meisten Menschen wurden gewaltsam von den Produktionsmitteln geschieden, Ländereien wurden zu Privateigentum und der Prozess der Landnahme, der Vertreibung und der Zwang in die Fabriken, um das einzige zu verkaufen, dass die Menschen hatten – die Ware Arbeitskraft –, schufen die/den doppelt freie/n Lohnarbeiter*in. Einerseits, weil sie frei von Produktionsmitteln (Maschinen, Werkzeugen etc.) sind, aber andererseits auch frei, sich kontraktlich an die kapitalistische Produktion zu binden. Das massive Einsaugen von Arbeitskräften in die kapitalistische Verwertung machte England zum Vorzeigeland des Kapitalismus. Die massive Expansion des Kapitals weit über die Grenzen Englands, die Profite in der Industrie und eine endlose Schar von exproprierten Lohnarbeiter*innen forcierte die Zirkulation und Umschlagsgeschwindigkeit des Kapitals. Gerade die Ungleichzeitigkeit von städtischen und ländlichen Entwicklungen gab dem Kapital auch durch die Banken und Währungspolitik immer neue Nahrung für die Verwertung von Arbeitskraft. Dies blieb jedoch nicht ohne Folgen.

Denn die proletarisierten Massen waren somit dort angesiedelt, wo auch die Manufakturen und Fabriken standen. Das war vor allem in größeren Ballungsgebieten/in Städten der Fall, in denen schon ein gewisses Niveau der Märkte erreicht wurde. Während einerseits die bürgerliche Gesellschaft ihre politische Gestalt annahm, wurde sie gleichzeitig zur Klassengesellschaft, die andererseits die Proletarier*innen schuf, welche unter miesen Bedingungen Lohnarbeit zu verrichten hatten, wenn sie denn überleben wollten. In seinem 1845 erschienen Werk „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ stellt Friedrich Engels detailreich dar, wie sich die gesellschaftlichen Verhältnisse durch die neue Produktionsweise in kürzester Zeit zuspitzten und welche drastischen Lebensbe-

dingungen daraus für die Arbeiter*innen und ihre Reproduktion erfolgte. Wie sich die Kämpfe der Arbeiter*innen konkret darstellten und auch ganz speziell in Deutschland entwickelten, wird in der Redical Times-Dezemberausgabe 2012 behandelt, in der wir unter anderem das Schwerpunktthema Gesundheit und Sozialstaat hatten. Zusammengefasst: Das Privateigentum ist keine natürliche Qualität von Dingen, sondern wird durch Herrschaft hergestellt. Der Umkehrschluss ist daher auch logisch. Wenn eine Gesellschaft ihre Praxis und Verkehrsformen der Bedürfnisbefriedigung, also der Produktion und Reproduktion, ändert, ist das Privateigentum auch die überkommene Form.

Mietpreis, Pacht und das große Ganze

Jede/r Eigentümer*in, ob Arbeiter*in oder Kapitalist*in, ist in der bürgerlichen Gesellschaft in der Lage, frei über das eigene Stück Land zu verfügen, andere davon auszuschließen oder es gegen eine Pacht zu vermieten. Nur mit dem staatlich garantierten Monopol, über das Eigentum verfügen zu können, kann Geld für eine Benutzungs- und Vernetzungserlaubnis verlangt werden. Unabhängig davon, ob Land zur industriellen Produktion, zum Bau von Wohnhäusern, zur Landwirtschaft, zur Industrieproduktion, zum Sport oder sonstigen Amüsement etc. benutzt wird, muss die mietende Partei der vermietenden schon für die bloße Nutzung des Grundstücks eine Pacht zahlen. Dass der Staat in seiner Funktion als Steuerstaat mittels der Grundsteuer auch schon sein Stück vom monetären Kuchen erhält, sei an der Stelle nur kurz erwähnt. Aber wie lässt sich erklären, dass ein Stück Land, als Naturzustand unkultiviert in Eigentumsform gebracht, auf einmal Wert produziere und darüber hinaus sogar noch als Kapitalanlage mit Zinsen fungieren kann?

Land in seiner ursprünglichen Form kann per se gar keine Wertform annehmen. Es steckt nullkommanull gesellschaftlich notwendige (abstrakte) Arbeit darin, sondern ist aufgefundener Naturstoff. Lässt ein/e Eigentümer*in (kapitalistische Rechtsform vorausgesetzt!) das Stück Land kultivieren, lässt also arbeiten, materialisiert sich die inkorporierte Arbeit in dem Produkt, aus dem Stück Land. Der Einfachheit halber gehen wir von einer kapitalistische Getreideproduktion aus und von der Tatsache, dass der Eigentümer des Stückes Land den Vertrieb des produzierten Getreides organisiert und das Getreide auf dem Markt absetzen kann. Daher realisiert sich der Wert in Geldform, also die zur Produktion erheischte Arbeit, um das Getreide produzieren zu lassen. Da wir von der kapitalistischen Getreideproduktion ausgehen, ist auch der angestellte Bauer, Agrararbeiter*in der dem/der kapitalistischen Grundbesitzer*in einen Mehrwert abwirft. Oder anders formuliert, der kapitalistische Getreideproduzent entlohnt die/den Agrararbeiter*in nur in dem zu seiner (sozialen/kulturellen) Reproduktion notwendigen Maß. Diesen abgeschöpften Mehrwert kann der kapitalistische Grundeigentümer als Profit wieder reinvestieren und die Produktion auf einer neuen erweiterten Stufenleiter fortführen bzw. akkumulieren. Das Stück Land wurde durch die Ausbeutung des Agrararbeiters kultiviert. Aus Sicht des kapitalistischen Grundeigentümers ist der Profit jedoch nicht Ergebnis der Ausbeutung des Agrararbeiters, sondern direktes Resultat des Bodens. Und als solcher geht dieser davon aus, dass sein Land jetzt einen höheren Wert habe und er somit, wenn es verpachten würde eine höhere Pacht verlangen könne. Gehen wir jetzt davon aus, dass der Grundeigentümer nicht selbst die Produktion organisiert und leitet, sondern ein kapitalistischer Pächter das Land vom Agrararbeiter*in bestellen lässt. Neben der Tatsache, dass eine andere kapitalistische Charaktermaske (Personifizierung ökonomischer Kategorien) hinzutritt und den Mehrwert einsaugt, ändert sich für die/den Agrararbeiter*in nichts. Für den Grundeigentümer, der verpachtet, ergibt sich jetzt nicht nur eine Grundrente, die dieser vom Pächter für eine bestimmte kontraktlich festgelegte Zeit erhält, sondern eine Differentialrente. Sie ist das Ergebnis aus der Möglichkeit des in der Konkurrenz realisierten Surplusprofits. Dieser Surplusprofit ergibt sich z.B., wenn eine höhere Produktivitätsschwelle erreicht wird und über diese Produktivität ein kurzfristiger Konkurrenzvorteil entsteht. Der Wert, der sich daher in dem Verkauf des Getreides oder auch z.B. bei Immobilien realisiert, ist unter dem Preis, der durch die Konkurrenz bestimmt ist. Die Differenz zwischen Preis und Wertmasse geht damit an den Grundeigentümer. Neben der Produktivität können jedoch auch die Lage, sowie der Ertrag des Bodens Faktoren zum Surplusprofit sein. Verschwindet diese Differenz, erhält der Grundeigentümer jedoch nach wie vor seine Pacht bzw. die Grundrente, die nun aber den Abzug

Konkurrenz: Verhältnis, in dem sich die Individuen innerhalb einer kapitalistischen Gesellschaft zueinander verhalten und welches von Rivalität gekennzeichnet ist. Egal ob um guten Wohnraum, um Ausbildungs- und Arbeitsplätze oder um Rohstoffe und Ressourcen.

Mehrwert: Eine durch kapitalistische Produktion und Lohnarbeit geschaffene Wertmasse, die sich der Kapitalist einverleibt. Der Mehrwert entsteht durch die Aneignung unbezahlter Mehrarbeit, die über der zur Wiederherstellung der eigenen Arbeitskraft notwendig ist. Durch diesen angeeigneten Mehrwert kann ein Kapitalist Profite generieren.

Akkumulation: Ökonomisches Reinvestieren eines zuvor erwirtschafteten Mehrwerts/Profits mit der Zielsetzung das eigene Kapital noch weiter zu erhöhen und die Produktion auf der nächstgelegenen Stufenleiter fortzuführen.

Grund- und Bodenrente: Der Teil des Ertrages, den ein Pächter dem Eigentümer des von ihm genutzten Bodens regelmäßig zu entrichten hat. In spezifischem Sinn bezeichnet Grund- oder Bodenrente die Ertragsdifferenz zwischen zwei Böden von gleicher Größe bei gleichem Einsatz an Arbeit und Kapital. Diese Differenz beruht auf Faktoren wie unterschiedlich günstigen Standortfaktoren.

(Durchschnitts-)Proftrate: Verwertungsgrad des angewandten Kapitals. Also das Verhältnis von erwirtschaftetem Einzelgewinn zum durchschnittlichen Gesamtgewinn. Die durchschnittliche Proftrate setzt sich aus den Profitraten aller Einzelkapitale der jeweiligen Volkswirtschaft zusammen..

Kapitalismus: Historisch spezifische Gesellschaftsform, die auf Privateigentum an Produktionsmitteln und der Vorstellung der Steuerung des Konsums durch den Markt beruht. Kernpunkte dieses gesellschaftlichen Verhältnisses sind notwendige Kapitalakkumulation und Profitstreben im kapitalistischen Sinne.

Verwertung: Die Vermehrung von Kapital Dieses kann erreicht werden durch eine Ausdehnung der Produktion und damit steigender Ausbeutung der Arbeitskräfte und einem effektiveren Einsatz von Kapital (Beschleunigung der Zirkulations- und Umschlagszeit).

Gentrifizierung: Sozioökonomischen Strukturwandel bestimmter Stadtviertel durch Verdrängung ärmerer und die gleichzeitige Zuwanderung reicherer Bevölkerungsschichten. Bedingt durch eine Erhöhung des Wohnpreinsniveaus.

Kommunismus: Politische Einsicht und Bewegung im Sinne einer klassenlosen Gesellschaft, in der das Privateigentum an Produktionsmitteln aufgehoben ist, die Produktion rational und gemeinschaftlich geplant und an Bedürfnissen der Individuen ausgerichtet und durchgeführt wird. Nicht zu verwechseln mit der Sowjetunion und dem deutschesten aller sozialistischen Projekte.

Eine Reihe an deutschen Verbindungen pflegen Verbindungen ins neonazistische Milieu. In Göttingen sind dabei insbesondere die Burschenschaften Hannovera und Brunsviga zu nennen.

Zufall? Wohl kaum, teilen Burschenschaftler und Nazis nicht selten ein ähnliches Weltbild: Es existieren klare Hierarchien, Begriffe wie „Ehre“, „Treue“ und „Vaterland“ kommt ein hoher Stellenwert zu, die deutschen Grenzen werden nicht anerkannt, „Deutsch sein“ wird ebenso propagiert wie Militarismus und in manchen Fällen wohnen gar aktive Neonazis in Verbindungshäusern. Folglich spielt die Herkunft oftmals eine entscheidende Rolle bei der Frage wer einziehen darf und wer nicht. Wer beispielsweise über keinen deutschen Pass verfügt, für den werden sich die Türen der meisten Verbindungshäuser wohl gar nicht erst öffnen. Im Falle einer Verbindung, die Mitglied im Dachverband der „Deutschen Burschenschaft“ ist, garantiert noch nicht einmal ein deutscher Pass die Möglichkeit des Zutritts. Hier wird noch wie zu Ur-Opas Zeiten in Kategorien des Blutes gedacht.

Natürlich pflegen nicht alle Verbindungen solch ein rückständiges Weltbild, doch spätestens bei Namen wie „Alemania“, „Germania“ oder „Arminia“ sollten sämtliche Alarmglocken schellen!

Nach dem Einzug werden die Neuankömmlinge meist aufgefordert auch in die Verbindung einzutreten (insofern dies nicht ohnehin eine an den Einzug geknüpfte Bedingung ist). Der Eintritt in die Verbindung bedeutet fortan Unterwerfung unter die Autorität des Hauses und seiner Bewohner.

Zum Zeitpunkt des Beitritts in eine Verbindung erhalten die Neuankömmlinge den Status des „Fux“. Die unterste hierarchische Stufe. Füchse verfügen nur über eingeschränkte Rechte. Oft werden sie zu niederen Arbeiten abgestellt wie z.B. Bier heranzuholen, Kneipe vorbereiten, Gartenarbeiten verrichten und sind auch in anderen Belangen den ihm vorgesetzten Verbindern hörig.

Besonders die Kontrolle über die Probanden, die durch das gemeinsame Wohnen dabei ausgeübt werden kann, ist ein zentrales Element in der Konzeption einer Burschenschaft. Es wird die Einordnung in ein konservatives Weltbild verlangt.

Das Hinterfragen von Gruppenzwang und Unterordnung ist nicht erwünscht. Die unifreie Zeit wird dem Fux daher so kurz wie möglich gemacht. Nicht nur erschwert dies dem Neuen das Hinterfragen seines Tuns, auch der Aufbau eines Freundeskreises außerhalb der Verbindung gestaltet sich schwierig.

Der Verbindler muss sich von seiner Nicht-Verbinder-Umwelt distanzieren oder zumindest abheben und isoliert sich somit selbst. Das soziale Umfeld des Korporierten wird allein die Verbindung. In manchen Fällen reicht sie sogar bis hin zum Familienersatz. Hinzu kommen noch regelmäßige Unterrichtsstunden, in denen er das Reglement der Korporation erlernt ebenso wie das studentische Fechten.

Nach zwei Jahren wird ihm dann die Gelegenheit geboten aufzusteigen und ein „Bursche“ und somit ein vollwertiges Mitglied zu werden. Im Rahmen dieser „Burschung“ sollen dem Fux dabei Werte mit auf den Weg gegeben werden, die ihm „persönliche Vorteile im späteren Berufsleben“ einbringen sollen.



Mensur bei Burschis



Die Tür zum Dachgeschoss der Humboldtallee 9 wird gleich zersägt.

des Mehrwerts des kapitalistischen Pächters darstellt. Allgemein kann festgehalten werden, dass der Bodenpreis „nichts als die kapitalisierte und daher antizipierte Rente“ (MEW 25 S.816) ist. Der Boden wird also gehandelt, als sei er „gelddeckendes Geld“ bzw. zinstragendes Kapital.

In dieser Funktion des Kapitals gilt es als Anlagemöglichkeit für Einzelkapitale schlechthin. Da es sich bei Immobilienspekulationen um fiktives, weil noch nicht realisiertes Kapital, handelt, können diese Spekulationen zu enormen Blasen führen. Als zukünftige Zahlungsverprechen können Hauseigentümer Hypotheken auf ihren Besitz aufnehmen und ihren Konsum ausweiten oder schlichtweg trotz schlechterer Einkommenssituation halten. So geschehen in den USA vor 2007. Die politisch geförderte Vorstellung seit Mitte der 1980er, dass jede/r ein Eigenheim besitzen müsse, führte zu einem Aufblähen der Immobilienspekulationen und absurden Kreditvergaben (ninja-Kredite). Die Ausfallrisiken der Kredite, die mit Hypothekendarlehen bei den Banken lagerten, wurden als Hochrisikopapiere weiter verkauft. Sozusagen als Tranchen (gebündelte Wertpapieranleihen) mit unterschiedlichen Ausfallrisiken. Es kam, wie es kommen musste, und die Blase platzte. In vielen europäischen Ländern, wie z.B. Spanien, die ebenfalls Immobilienspekulationen förderten, überdehnte sich das Verhältnis von Produktions- und Finanzsphäre. Nach dem Bankencrash kam die Staatsschuldenkrise, die Eurokrise etc. Ein Blick auf den Immobilienmarkt in Deutschland und seine vermeintlichen Gewinnprognosen machen deutlich, dass das nach Verwertung suchende Kapital gerade massiv in Immobilien von Ballungszentren, aber inzwischen nicht nur noch dort investiert und damit die nächste Blase entstehen lässt. Auch in China stützen der Bauboom und sonstige Infrastrukturbaumaßnahmen noch die Konjunktur und bieten dem globalen Kapital Investitionsmöglichkeiten. Sollte dieses fiktive Kapital jedoch nicht produktiv verwertet werden, könnte das Platzen dieser Blase die Welt in eine Krise noch größeren Ausmaßes befördern, als wir es aus den Jahren 2007 und folgenden kennen.

Ein weiterer Aspekt, der unmittelbar mit dem Bodenpreis und damit Miete und Pacht zusammenhängt, ist der Zins bzw. Zinsfuß. Der Zins ist der Gebrauchswert des Geldes, Kapitalfunktion übernehmen zu können, also die Funktion, Profite generieren zu können. Nach Marx ist der Zins der krasseste Ausdruck der „entfremdeten Form der Arbeitsbedingungen“, weil sie die Quelle des Mehrwerts und damit des Profits, die Verausgabung menschlicher Arbeitskraft, nicht einmal mehr errahnen lässt. Das Eigentum selbst hat dem Schein nach die Qualität, Profit zu generieren und sich zu vermehren. Der Zinsfuß kann steigen oder fallen, hat aber seine Obergrenze in der allgemeinen Profitrate. Dazwischen besteht der Zinsfuß aus dem Kräfteverhältnis zwischen kapitalistischen Geldleihern und -borgern. In unterschiedlichen Phasen des Kapitalismus, z.B. der Ausdehnung, ist der Zinsfuß relativ niedrig, so dass Kapital investiert wird. Die Kredite werden zwar auch von den Banken gewährt, aber

die Rückflüsse haben eine Zirkulationszeit, die nicht ins Gewicht fällt. Die Wirtschaft brummt. Dies geht geldpolitisch zumeist mit einer Ausweitung der Geldmenge, Aktien und Wertpapieren etc. einher. Die Banken verleihen Geld zu niedrigen Zinssätzen. Wenn sich jedoch Probleme unterschiedlichster ökonomischer Art ergeben und die Rückzahlungen ins Stottern geraten, vergeben die Banken nicht mehr so einfach Kredite und der Zinsfuß steigt. Oder wie es blödsinniger Weise im Ifo-Sprech heißt, „der Preis des Geldes“ steigt. An der Höhe des Zinsfußes in Verbindung mit Geld- und Aktienwechselläufen können daher Krisenmomente erkannt werden. In der fordistisch geprägten Kapitalismus-Ära nannte man das den „industriellen Zyklus“. Durch die seit Jahrzehnten bestehende Überakkumulation und die massive Ausweitung fiktiver Kapitale im Rahmen der Weltmarktkonkurrenz, die keiner Realisation durch Verwertung entsprechen, beschleunigen sich diese Auf- und Abwärtsprozesse rasant. In Krisen wird Kapital vernichtet und umverteilt, aber zugleich neue Investitionsanreize gesetzt. Nicht umsonst hat die EZB die Zinssätze historisch gesenkt. Für die Bau- und Immobilienbranche ist daher die vermeintliche Postkrisen-Phase der beste Zeitpunkt, Investitionen zu tätigen. „Postkrisen-Phase“ deswegen, weil es den gesellschaftlichen Anschein erweckt, als sei die Krise beendet, obwohl sich an dem Verhältnis der Wertverwertung und fiktiver Kapitale kaum etwas geändert hat und die nächsten Blasen entstehen, wie z.B. zur Zeit auf dem deutschen Immobilienmarkt. Ähnlich wie bei der Kapitalvernichtung, die gesellschaftliche Reichtümer unter unterschiedlichen Kapitalfraktionen neu verteilt, ist auch das Platzen einer Immobilienblase einer kapitalistischen Enteignung nach Recht und Gesetz gleich zu setzen. Die Grundstücke, die die Banken als Sicherheit halten, werden Stück für Stück wieder als Privateigentum verkauft. Je nach Lage kann daher wieder mit Grundstücken, Wohnungen usw. spekuliert werden. Das in diesen kapitalistischen Prozessen und Verhältnissen, die Menschen obdachlos machen, enteignen usw. allen Ernstes behauptet wird im Kapitalismus gehe es um Bedürfnisbefriedigung, ist an Zynismus nicht mehr zu überbieten. Ähnlich dumm ist die Aussage einiger Zinskritiker*innen, die ernsthaft davon ausgehen, dass ohne Zinsfuß der Kapitalismus gerecht wäre. Das Verhältnis von Arbeiter*in und Kapitalist*in bei der Mehrwertproduktion wäre überhaupt nicht betroffen, sondern ausschließlich die Verteilung des Mehrwerts unter den Kapitalfraktionen. Kreditfähige Bürger*innen würden dennoch Geld aufnehmen und in der fetischisierten Vorstellung, einen Preis für das Geliehene bezahlen müssen. Die kapitalistische Produktionsweise ist nicht partiell in Frage zu stellen, wie es z.B. der Zinskritik- oder der Tobin-Steuer-Fraktion vorschwebt, sondern kann nur als Ganzes abgeschafft werden.

Mieten, Kaufen, Wohnen

Man könnte sagen, dass der Vermieter dem Mieter die Grundlage zu seiner Gewinnerwirtschaftung liefert und dafür als Gegenleistung einen Teil des zukünftigen und noch gar nicht realisierten Gewinnes für sich beansprucht. Gewinne, die der Mieter noch gar nicht gemacht

hat und über die sich im Vorfeld eben nur spekulieren lässt. Daher orientiert sich der Preis als unfixierbarer Ausdruck des Werts stets am Durchschnittsprofit der Einzelkapitale, den sie im Rahmen der kapitalistischen Konkurrenz erwirtschaften. Der Preis eines Grundstücks entspricht jedoch nicht dem Wert des Grundstücks, weil um Wert bilden zu können vergegenständlichte Arbeit geleistet werden muss – produktive Arbeit, die verwertet wird. Dies ist nicht nur eine semantische Spitzfindigkeit unsererseits, sondern gesellschaftlicher Ausdruck der fetischisierten Verhältnisse und birgt das Geheimnis, wieso Menschen denken, dass Geld arbeiten könne. Die Gewinnerwartung der Verpachtung muss mindestens genauso erfolgsversprechend sein, wie andere Investitionsmöglichkeiten z.B. Aktien, Fonds, Gold etc., sonst ist sie keine alternative Anlageform.

Der Profit des Mieters ist abhängig von der Infrastruktur und der Höhe des Einzelkapitals, also der Eignung des Bodens zum vorgesehenen Zweck der Kapitalakkumulation, wenn z.B. industrielle Produktion auf dem Grundstück stattfinden soll. Beispielsweise ist es für das Grundstück eines Industriebetriebs wichtig, dass dieses gute Verkehrsverbindungen zur Anlieferung benötigter Rohstoffe besitzt, während es bei einer landwirtschaftlichen Nutzung bedeutender ist, dass der Boden fruchtbar ist und genügend Ernte abwirft. Im Falle eines Grundstücks, das mit Mietshäusern bebaut ist, richtet sich die Pacht (Miete) nach der Lage. So kann es für den Mietpreis zum Beispiel entscheidend sein, ob ein städtischer Park, eine Universität oder ein Kindergarten in unmittelbarer Nähe sind, ebenso wie die Entfernung zum nächsten Bahnhof, der nächsten Autobahn oder die Qualität der Schulen in der Gegend. Auch der Zustand der Wohnungen determiniert den Preis, den Mieter zu zahlen haben. Ziel der vermietenden Partei ist dabei stets die optimale Gewinnmaximierung. Dies gilt für zahlungskräftige Immobilienfonds ebenso wie für relativ kapitalschwache Einzelvermieter*innen. Die sympathisch anmutende Vorstellung der rüstigen Rentnerin, der das Mietshaus schon seit 50 Jahre gehört, die alle Reparaturen am Haus selber durchführt und zu Weihnachten stets einen großen Korb selbstgebackener Kekse vorbeibringt, kann getrost als unrealistische Verklärung betrachtet werden. Denn auch wenn es ihr selber nicht bewusst sein mag, ist sie ebenso der kapitalistischen Verwertungslogik unterworfen, die sie zwingt, das maximal mögliche aus der ihr zur Verfügung stehenden Einkommensquelle zu gewinnen, wie alle anderen Akteure am Wohnungsmarkt auch. Selbst wenn sie zugegebenermaßen nicht über die Kaufkraft verfügen mag, ganze Häuserreihen oder Stadtteile zu erwerben und diese dann zu sanieren, um sie mit Aufpreis wieder verkaufen zu können, wie etwa Immobilienfirmen. Auch wenn wir diesen Aspekt der Bodenpreisbildung, der steigenden Mieten, apersonal und damit der kapitalistischen Form nach kritisieren, bedeutet das nicht, dass Praktiken und Politiken von Immobilienkonsortien, Wohnungsbaugesellschaften, Studentenwerken etc. nicht skandalisiert,

kritisiert und praktisch angegangen werden sollten. Dies nur noch einmal als Einschub, damit keine/r behaupten kann, wir würden keine Handlungen und Interessen berücksichtigen.

Die Anbieter von Wohnraum konkurrieren also untereinander um die größten Gewinnspannen. Ebenso konkurrieren auch die Nachfragenden nach Wohnraum untereinander – also ihr, wenn ihr eine Wohnung sucht. Genau wie beim alltäglichen Kampf um gute Mensapläte oder um wichtige Bücher in der Universitätsbibliothek, treten die Studierenden auch im Wettbewerb um städtischen Wohnraum gegeneinander an. Durch die bloße Setzung eines Mietpreises dünnt sich hierbei schon das Feld derer aus, die um die schicke Altbauwohnung in Innenstadtnähe mit Balkon konkurrieren, da der Preis mit den ihnen zur Verfügung stehenden Geldmitteln für sie schlichtweg nicht zu zahlen ist. Der verbleibende Teil an Wohnungssuchenden, für die die Miete noch innerhalb des Budgets liegt, müssen nun entscheiden, wie viel ihres monatlichen Einkommens sie bereit sind, für die Miete auszugeben und an welcher Stelle sie sparen wollen. Logischerweise gestaltet sich diese Frage für jedes Individuum unterschiedlich, da jedes über andere finanzielle Kapazitäten verfügt. So muss die/der erfolgreiche Geschäftsfrau/mann mit hohem vierstelligem Monatseinkommen sich im Gegensatz zur alleinerziehenden Mutter wohl kaum Gedanken machen, woher sie/er monatlich die 400€ für die Miete nimmt. Hierbei bildet die Miete den Teil des Gewinns, den sich das kapitalistische Individuum in der täglichen Lohnarbeit erarbeitet hat, und den es aufwendet, um von genau dieser Arbeit auszuspannen und seine Arbeitskraft lokal zu reproduzieren. Der Wohnraum ist der Ort, an dem sich die Arbeitskraft, die Veredelung der Arbeitskraft (Studium, Schule, Lehre) reproduziert.

Die Vorstellung von Heerscharen an zahlungskräftigen Wohnungssuchenden, die alle gleichsam in die Stadt ziehen und den vermietenden Parteien die Möglichkeit geben, die Preise bis ins Bodenlose zu erhöhen, die sich jetzt vielleicht aufdrängen mag, kann als Ursache für den zunehmenden Mangel an bezahlbarem Wohnraum ebenso wie die der „Heuschrecken-Immobilienfonds“ verworfen werden. Zwar ist es tatsächlich so, dass der Prozess der Gentrifizierung mit den Merkmalen von steigenden Mieten, knapperem Wohnraum, Segregation und Vertreibung einhergehen kann, jedoch bedingen sich diese Faktoren keineswegs gegenseitig, sondern treten allenfalls in Kombination auf. Ursächlich sind beide nicht und neu sind sie auch nicht wie ein Blick in Friedrich Engels „zur Wohnungsfrage“ belegt. Neu ist hingegen die Dynamik von Aufwertungen.

Jaja veve – Standort

Das Problem der „Wohnungsnot“ hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten so entwickelt, dass sich mittlerweile auch „die Politik“ zum Handeln gezwungen sieht. Die Debatte um sozialen Wohnungsbau wird auch mal wieder auf Bundesebene geführt. Doch bevor wir uns mit dem Sinn und Unsinn von schlichtem Erschaffen von Wohnraum befassen, wollen wir deutlich machen, dass auch die Stadt als solche nicht gefeit ist vor dem kapitalistischen Konkurrenzwahnsinn. Auch sie ist auf Geldquellen angewiesen, mit dem sie ihre Ausgaben bestreiten muss. Während diese Geldquelle in der Mehrzahl der Fälle die Gewerbesteuer ist, die eine Stadt auf Gewinne von Unternehmen erhebt, die ihren Sitz im Einzugsgebiet der jeweiligen Stadt haben, gestaltet sich die Grundstruktur der Erwerbssteuer in Göttingen ein wenig anders. Als Stadt, die nach eigener Aussage Wissen schafft, also immaterielle Werte produziert, spielen die hier lebenden Studierenden eine gewichtige Rolle in den wirtschaftlichen Kalkulationen.

Wer heutzutage studiert, verfügt in aller Regel über eine finanzielle Kaufkraft, die über die vieler anderer gesellschaftlicher Gruppen hinausgeht. Allein schon die Möglichkeit, die Reproduktionskosten der Nahrungsaufnahme in Form von Mensa etc. niedrig zu halten, macht deutlich, dass die zukünftig veredelten Arbeitskraftbehälter (Studis) gegenüber Lohnarbeiter*innen privilegiert sind und sie ihre Kaufkraft woanders einbringen sollen. Eine Kaufkraft, die eine der finanziellen Säulen der städtischen Einnahmen darstellt. Das enorme Ange-

In der Praxis äußert sich dies durch exzessive Trinkrituale (oftmals bis zum Erbrechen oder zur Bewusstlosigkeit) bis hin zu albernen Fechtduellen, in denen sich die Kontrahenten gegenseitig blutige Wunden zufügen (Mensur).

Durch die verschiedenen Erziehungsmittel und ihre Integrationswirkung wird es dem Verbindern nahezu verunmöglicht, den Kreis der Verbindung wieder zu verlassen. Ein Austritt aus einer Verbindung würde demnach mit dem Verlust seines gesamten sozialen Umfelds einhergehen. Für gewöhnlich erfolgt unter den verschiedenen Verbindungen im Falle eines Austrittes ein Rundschreiben, in dem den der Austritt eines Ehemaligen mit vollem Namen mitgeteilt wird.

Frauen werden in Verbindungen primär die Aufgabe zugeschoben als „nettes Beiwerk“ auf Partys oder als Ehefrauen / Freundinnen aufzutreten bzw. später den Nachwuchs zu gebären.. Bei wichtigen Entscheidungen haben sie jedoch nichts mitzubestimmen. Eine Aufnahme als Frau ist in den meisten Verbindungen ohnehin nicht möglich. Ein Geschlechterbild und Rollenverständnis, das die Verbindungen und ihre Studenten dann auch weiter in die Gesellschaft tragen und propagieren. Die verschiedenen Erziehungsbereiche der Verbindungen zeigen, wie und wozu sie ihre Mitglieder erziehen will. Das Persönlichkeitsideal ist das eines autoritär, hierarchisch, patriarchal und elitär denkenden Menschen, der dazu berufen ist, die Geschicke der Gesellschaft maßgeblich zu beeinflussen. Dies ist der korporierte Erziehungsauftrag!

Begründet wird der Erziehungsauftrag mit der angeblichen Vernachlässigung der allgemeinen Erziehung durch die Universität, die aus Sicht der Korporationen nur noch eine Ausbildung zum Fachwissenschaftler bietet. Tatsächlich geht es den Verbindungen aber eher um den Machterhalt als weiße, männliche, akademisch-bürgerliche Elite, die nicht in der Lage und auch nicht Willens ist, sich von ihren auf Autorität hin fixierten Wertvorstellungen zu lösen. Sie könnten es auch gar nicht, da das korporierte System ausschließlich autoritäres Denken und politisch-männliche Identität beinhaltet. Eine Ablösung von den ihr typischen Wertvorstellungen wird daher sofort als Bedrohung empfunden werden und demnach »tatkräftig und pflichttreu« bekämpft und abgelehnt werden. Ein gut funktionierendes Mittel für den Machterhalt ist das der Protektion, die gezielte Positionierung der Korporierten in Staat und Gesellschaft.

All dies macht klar: Für ein schönes Wohnen braucht es weder Burschenschaften, Korporationen oder sonstiges national gesinntes Pack, noch deren Häuser! ■

TERMINE

im Rahmen der alternativen O-Phase

Samstag, 01.11., 13 Uhr:
Exkursion zur KZ-Gedenkstätte in Moringen
 Alle Kosten werden übernommen.
 Voranmeldung erwünscht an
goettingen@gj-nds.de (Bahnhof)
 [Grüne Jugend]

Dienstag, 4.11., 15 Uhr:
Wider den deutschen Geist - Historisch-kritischer Stadtrundgang zu Studentenverbindungen in Göttingen (Z-Campus)

Mittwoch, 5.11., 18 Uhr:
Wie emanzipatorische Revolution denken? Workshop und Diskussion zum Thema der Überwindung der bestehenden Verhältnisse. Welche Praktiken können wir als verfehlt verabschieden?



**#talk
#dance
#act**

20.-23. November 2014
RUNTER VOM BALKON!
Frankfurter Blockupy Festival

22. November 2014
UMZUG ZUR NEUEN EZB
Wir packen mit an! Demo & Aktion

blockupy.org

bot an Fahrradläden, Kneipen und Essens-Lieferservice sind Indizien dafür wie sehr die städtische Wirtschaft bereits auf Studierende als Konsument*innen angewiesen ist. Mit dem „Heimvorteil“, der Vergünstigungen von unterschiedlichen Einkaufs- und kulturellen Angeboten ermöglicht, sollen Zugezogene dazu gebracht werden, ihren Erstwohnsitz in Göttingen anzugeben, da auch eine steigende Zahl an Bewohner*innen der Stadt Mehreinnahmen garantiert. Auch dem Image der Stadt als junge, hippe, fancy Studi-Stadt kommt die hohe Zahl an Studierenden zugute. Ein Standortfaktor also, der Prosperität garantiert. Von dieser Perspektive aus muss konstatiert werden, dass Studierende in Göttingen vergleichsweise gute Voraussetzungen bei der Wohnungssuche gegenüber Lehrlingen, (Zeit-)Arbeiter*innen und allen anderen haben, die als nicht völlig liquide betrachtet werden. Da Studierende also ausdrücklich in Göttingen erwünscht und gar nötig sind,

hat nun auch die Stadt begonnen, Anstrengungen zu unternehmen, das Problem vermeintlich zu lösen.

Ob jedoch das bloße Schaffen neuen Wohnraums dem Problem entgegenwirkt ist zu bezweifeln. Denn wie oben bereits angedeutet, orientiert sich die Investitionstätigkeit nach streng ökonomischen Gesichtspunkten an der Höhe der zu erwartenden Erträge einer Vermietung und der Durchschnittsprofitrate. Folglich haben private Wohnungsbaugesellschaften gar kein Interesse daran, günstigen, neuen Wohnraum dort zu schaffen wo er gebraucht wird, da eben genau diese Übernachfrage nach Wohnraum die hohen Mietpreise bedingen und rechtfertigen. So ziehen sie es vor, die bestehenden Wohnungen neu zu vermieten (z.B. 10 Euro/qm im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus!) an Mieter*innen, die noch zahlungskräftiger sind, als die gegenwärtigen. Nur mal so zur Orientierung und um die Lage im „Dorf“ einschätzen zu können: Nach dem GÖSIS (Göttinger Statistischen Informationssystem) erreichte die Miete 2012 im Durchschnitt in der Innenstadt 8,42 €/qm, in der Nordstadt 9,96 €/qm und in Weende 8,92 €/qm. Wer mehr zu anderen Stadtteilen wissen möchte, sei an den GT-Artikel „Göttinger Untersuchung zu Wohnungsengpässen“ von Michael Brakemeier vom 16.10.2014 verwiesen. Im Jahr 2014 muss jedoch von höheren Zahlen ausgegangen werden. In anderen Städten verzehnfachten sich Mieten und als rechtlich unproblematisch gelten Mietsteigerungen von 20% über drei Jahre. Noch drastischere und auch durch die Mietpreisbremse kaum berührte Steigerungen sind bei Modernisierungen und Umweltsanierungen zu erwarten. Neuer Wohnraum darf nach herrschender ökonomischer Rationalität nur dann geschaffen werden, wenn er mindestens genauso erfolversprechend wie eine Wohnung in gleichwertiger Lage und Verfassung ist. Dass die Städte aus eigenen finanziellen Mitteln keine Sozialen Wohnungen aus dem Boden stampfen können bzw. politisch auch nicht wollen können, dürfte aufgrund der klammen Kassen klar sein. Somit sind wir wieder bei der ständigen

Gewinnoptimierung gelangt. Besonders gut verdient wird mit Immobilien, die in künstlerisch und kulturell besonders gut gelegenen Stadtteilen liegen und das Image der Stadt prägen. Das kann ein Fluss, historisches Gebäude, eine Parkanlage, ein gewisser Lebensstil usw. sein. Dort kommt es nämlich zu Monopolprofiten, die auch nur über eine bestimmte Lage kapitalisierbar sind.

In dieser Annahme kreierte wohl die Stadtplanung Göttingens und die „Pro-City-GmbH“ wohl die „Hafen-City“ an der Leine, die aus einem Bankgebäude und (schon seit längerem) leeren Geschäftsräumen sowie einer Treppe zur Leine hin besteht. Das Verständnis von Stadt, dass bei dem Förderverein Göttingen Pro City e.V. vorliegt, gestaltet sich nach eigener Darstellung auf der Homepage so: Es handelt „sich bei Innenstädten um über Jahrzehnte gewachsene Räume, wo viele Händler nebeneinander ihre Geschäfte betreiben.“ Und weiter: „Citymanagement ist eine bundesweite Reaktion auf den zunehmenden Konkurrenzdruck der Städte untereinander sowie den Wettbewerb einzelner Standorte innerhalb einer Stadt.“ Kurz gesagt, dieser Verein sieht Stadt als eine Aneinanderreihung von Geschäften des Einzelhandels und dementsprechend müsse auch wie in großen Konzernen eine „gemeinsame Dachmarke“ existieren. Aber den Damen und Herren des Vereins sollte auch nicht entgangen sein, dass sehr viele Geschäftsflächen in Göttingen unvermietet sind. Das ist aber auch kein Wunder bei den horrenden Mieten in der Innenstadt. An dieser Stelle wären wir damit wieder bei der bereits beschriebenen Bodenpreisbildung und der Spekulation auf zukünftig zu erwartende Gewinne bzw. den sich aus dem Mehrwert der Ware Arbeitskraft ergebenden Profitchancen. Solche Standortvereine gibt es inzwischen in fast jeder kleineren Stadt und sie stellen damit die organisatorische und ideologische Schnittstelle zwischen gehobenem Bürgertum und Kapitalisten dar. Auch das neueste Projekt am Groner Tor, das jetzt schon den Namen „Bunker“ verliehen bekam, soll eine Sparkasse und ein Hotel beinhalten. Also nix mit Wohnraum.

Egal welche Stadt auch betrachtet wird, im Kern – also der Innenstadt – gleichen sie sich zunehmend an. Einkaufsstraßen, deren einzige Unterschiede in der städte-spezifischen Anordnung von H&M, New Yorker, Karstadt, Mc Fit, Mc Donalds, Burger King, Saturn (keine akkurate Beschreibung der Göttinger Innenstadt!) usw. bestehen. Gute Anbindung an Infrastruktur ist selbstverständlich vorausgesetzt, um die spezifischen auch kulturellen Highlights und Gebäude mit Bahn, Bus, S-Bahn (Göttingen braucht dringend eine!) gut erreichen zu können. Kurzum „die perfekte ökonomische Stadt“ soll ästhetisch ansprechende Gebäude vorweisen, sie soll sauber sein, keine gesellschaftlichen Widersprüche aufzeigen, die Mittellosen an den Rand der Städte drängen und es soll am besten alles mit privaten Sicherheitsdiensten überwacht werden, da diese ja der/dem Steuerzahler*in günstiger kommen als die staatliche Exekutive. Einem solchen Verständnis von Stadt sollte entschieden begegnet werden auf unterschiedlichen Ebenen. Ein solches Verständnis von Stadt grenzt nicht nur aus und polarisiert, sondern zementiert kapitalistische Verhältnisse in einer räumlichen Form. Je weiter weg vom Stadtkern, desto prekärer die Lebensverhältnisse der Menschen. Die Riots in den Banlieues Frankreichs 2005 und in England 2011 verweisen auf die Sprengkraft sozialer Segregation in Städten.

Gentrifizierung? Gentrification? Gentrifidings oder alles wie gehabt?

Gehen wir nun davon aus, dass eine Immobilienfirma namens „Baufix GmbH“ das Monopol auf Grundstücke in einem bestimmten Gebiet oder Viertel innehat. Aufgrund der sozialen Struktur und baulicher Mängel gilt dieses Viertel als heruntergekommen und konserviert die jeweilige Klassenlage der Bewohner*innen. Zumeist handelt es sich dabei um ehemalige Arbeiter*innenviertel, die eine eigene und spezifische soziale und kulturelle Praxis entwickelten. Da aber dieses Viertel in einer dynamischen, hippen und Profit versprechenden Stadt liegt, spekuliert die Baufix GmbH mit den Herstellungskosten, der Realisierungszeit und Umschlagszeit des Kapitals für zukünftige Gewinne durch die Vermietung von Wohnungen und der Verpachtung von Geschäftsflächen. Da die Baufix GmbH viel Eigenkapital aufwenden kann, um Wohnungen, Geschäftsräume etc. zu sanieren, steigt der Wert des Grundstücks, der durch die Arbeiten an den Gebäuden geschaffen wird. Dadurch steigt auch der Bodenpreis in der jeweiligen Region, gemessen am gesellschaftlichen Durchschnittsprofit. Der zusätzliche

Welche tragen noch das Versprechen einer emanzipatorischen Revolution? (Autonomicum)

Donnerstag, 6.11., 18 Uhr:
Vortrag Einführung in den modernen Feminismus.
(Autonomicum)

Freitag, 28.11., 20 Uhr: / im Nachgang /
Oft verliert mensch sich aus den Augen im ersten Unichaos. Hier gibt's einen Ort um sich wieder zu finden.
(Z-Campus)

Dienstag, 2.12., 20 Uhr:
Das zweite Nachtreffen zur Alternativen O-Phase findet bei leckerem veganen Essen in der Soli-Küche statt.
(JuZi)

Gewinn – der Surplusprofit – ergibt sich damit durch die „Aufwertung“ des Viertels bzw. durch die Steigerung des Bodenpreises durch die neuen höheren Mieten. Je mehr Arbeit jedoch in den Sanierungen materialisiert wurde, desto kleiner ist der Surplusprofitanteil im Verhältnis zum Naturstoff Grundstück. Schließlich muss die Verwertungsmöglichkeit überhaupt erst einmal hergestellt werden. Wenn jedoch diese Aufwertung im kapitalistischen Sinne funktioniert hat, treibt es die Bodenpreise einerseits weiter an und andererseits führt es zum „Austausch“ der vorherigen Bewohner*innen durch neue kaufkräftigere Bewohner*innen. Durch diesen Immobilienspekulationsmechanismus verändern sich Viertel und ihre gesellschaftliche Zusammensetzung enorm. Dieser Prozess der Gentrifizierung, also kurz gesagt die soziale Vertreibung aufgrund ökonomischer Ressourcen, um Profite in der Immobilienbranche zu generieren und um den Standort aufzuwerten, ist im Rahmen kapitalistischer Verwertungslogik kein neues Moment. Schon in Paris im Jahre 1853 strukturierte ein gewisser Haussmann, der Präfekt von Paris war, die Stadt völlig neu um. Alte Viertel wurden abgerissen, die Menschen, die dort wohnten, gewaltsam umgesiedelt und erste Einkaufsstraßen mit Kaufhäusern und Märkten und Chaussees errichtet. Neu hingegen sind die Mechanismen und die binnenrationale Ideologie der Standorte, die diese Prozesse beschleunigen und gezielt einsetzen im Rahmen städtebaulicher Planung. Das bedeutet, dass wir es mit einem kapitalistischen Formprinzip zu tun haben, welches aber gleichzeitig eine ideologische Städtebaustategie in globalem Maßstab darstellt. Doch wie kann Städtebau stattfinden, obwohl viele Städte schlichtweg pleite sind? Indem z.B. städtische Grundstücke an Privatpersonen bzw. Immobilienfirmen verkauft werden. Das Resultat kennt die Stadtpolitik ja, einkommensstärkere Gruppen vertreiben Einkommensschwächere, die Mieten steigen. Des Weiteren wird eine neue Infrastruktur der Bedürfnisse etabliert, die wiederum wohlhabende Personengruppen anziehen soll usw. Die Tatsache jedoch, dass schicke prosperierende Viertel entstehen, geht einher mit der Vertreibung und Verdrängung nicht nur ehemaliger Mieter*innen, sondern auch mit Lebenspraxen, Gewohnheiten, soziale Bindungen etc. Für die Standorte selbst und ihre städtebaulichen Maßnahmen erscheint dieser Prozess als enormer Gewinn. Das zeigt sich nicht zuletzt an den Mitteln, die im Zuge der Grundsteuern etc. zurückfließen. Andererseits kann dieser Prozess zu enormen sozialen Eruptionen führen.

Der Rechtsstaat garantiert in dem Prozess der Aufwertung durchaus perfide Methoden, die die Rechte der Vermieter*innen und Investor*innen stärken. Beispielsweise wird diesem Mechanismus in vielen Großstädten unter dem grünen Deckmantel der energetischen Sanierung Tür und Tor geöffnet. Den Mieter*innen bleiben hier kaum Möglichkeiten, sich gegen Mieterhöhung zu wehren. Schließlich ist in Zeiten der Energiewende ja nichts gegen umweltfreundlicheres Wohnen und Leben einzuwenden, selbst wenn dies mit unverhältnismäßigen Mieterhöhungen einhergeht, oder? Auch an dieser Stelle macht der Müslibourgeois im Dunstkreis der Grünen deutlich, auf welcher Seite der Barrikade dieser

steht. Mit steigenden Mieten steigen auch die Zwangsräumungen, die in den letzten Jahren stark zugenommen haben. Die Menschen, die keine Möglichkeit haben, die Miete regelmäßig aufzubringen, werden schlichtweg auf die Straße gesetzt und somit obdachlos. In letzter Zeit gibt es jedoch immer wieder Versuche und zwar auch mit Erfolg, Zwangsräumungen zu verhindern so z.B. in Köln, Berlin, Frankfurt a.M. usw. Ziel ist es dabei, die betroffenen Menschen nicht im Kampf gegen Windmühlen allein zu lassen, sondern solidarische Nachbarschaftsnetzwerke aufzubauen. In Spanien und auch vielen anderen von der Austeritätspolitik der EU gebeutelten Gesellschaften, kommt es am Rande von polizeilichen Räumungsmaßnahmen vermehrt zu militanten Auseinandersetzungen zwischen Viertelbewohner*innen und der Staatsgewalt. Generell kann festgehalten werden, dass sich im Rahmen der kapitalistischen Krise, die Stadt, also Urbanität selbst zum Zirkulationspunkt sozialer Kämpfe um Einschluss, Ausschluss, Ansprüche, Kritik usw. ausweitet. Egal ob Occupy-Wallstreet (USA), Blockupy (z.B. Frankfurt a.M.), Asambleas (Spanien), Gezipark (Türkei) usw., im Zeichen der Krise wird sich öffentlicher Raum in Städten genommen, um auf Widersprüche hinzuweisen und Protest zu artikulieren. Egal wie man zu den unterschiedlichen Protestformen und -inhalten steht, immer spiegelte sich in den Protesten das Verhältnis von Stadt und Bewohner*innen wieder. Stadt ist jedoch nicht etwas dem Kapitalismus äußerliches oder etwas, das nachträglich gestaltet wird, sondern ist bestimmt durch soziale Dynamiken und Kämpfe.

Fight for your right to ...

Angesichts der enormen Dynamiken von kapitalistischen Aufwertungsprozessen, Immobilienspekulationen und den damit einhergehenden sozialen Folgen, versuchen sich immer mehr Bewohner*innen von Vierteln gegen diese Prozesse zu wehren. Auch wenn die klassische linke Form des Besetzens von Häusern in Deutschland rückläufig zu sein scheint, gibt es zunehmend mehr Initiativen, die sich auf ein Recht auf Stadt beziehen und unterschiedliche Praxen haben. Dieses Konzept basiert auf Henri Lefebvres (franz. Marxist Soziologe und Philosoph) „Reproduktion sozialer Produktionsbeziehungen“ aus seinem 1973 erschienen Werk „La survie du capitalis-



Hausbesetzer in Berlin-Kreuzberg (1981)



Leere an der „Hafen-City“ in Göttingen.

RING VORLE SUNG

Rechts- ● ● ● ● ● ●
populismus ● ● ● ● ● ●
und ● ● ● ● ● ● ● ● ● ● ● ●
Rechts- ● ● ● ● ● ● ● ● ● ● ● ●
extremismus ● ● ● ● ● ●
in Europa ● ● ● ● ● ●

Uni Kassel
22.10.2014 – 04.02.2015
mittwochs · 18–20 Uhr
Diagonale 5 · Hörsaal III



Impressum:
redical M
c/o Buchladen Rote Straße
Nikolaikirchhof 7 | 37073 Göttingen
e-Mail: info@redical.org
www.redical.org

22.10.2014

Begrüßung und Einführung

mit Prof. Dr. Martin Lawrenz (Vizepräsident),
Prof. Dr. Heidi Möller (FB 01), Prof. Dr. Angela Schrott (FB 02),
Prof. Dr. Winfried Speitkamp (FB 05)

29.10.2014

**Sekundärer Antisemitismus –
Verdrängte Erinnerung und
Täter-Opfer-Umkehr**

Dr. Juliane Wetzel – Zentrum für Antisemitismusforschung,
TU Berlin

05.11.2014

**Populismus –
Anatomie eines umstrittenen Begriffs?**

Prof. Dr. Frank Decker – Universität Bonn

12.11.2014

**Europäische Zustandsbeschreibungen –
Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit**

Prof. Dr. Andreas Zick – Universität Bielefeld

19.11.2014

Rechtspopulistische Parteien in Europa

Dr. Marcel Lewandowsky – Helmut Schmidt Universität Hamburg

26.11.2014

**«Volk», «Nation», «Kultur», «Rasse».
Weltanschauliche Paradigmen im
gegenwärtigen Rechtsextremismus**

Prof. Dr. Samuel Salzborn – Universität Göttingen

03.12.2014

**Führt Migration zu weniger Sozialausgaben?
Die Rolle von extrem rechten Parteien**

Dr. Dennis C. Spies – Universität zu Köln

10.12.2014

**A new populist challenge: the transfor-
mation of the French Front National**

Dr. Gilles Ivaldi – Université de Nice Sophia Antipolis

17.12.2014

**Die extreme Rechte in Europa –
Konzepte, Kooperationen, Konflikte**

Prof. Dr. Fabian Virchow – FH Düsseldorf

14.01.2015

**Präventionsstrategien gegen Rechts-
extremismus, für Demokratie und
Menschenrechte**

Dr. Britta Schellenberg – Ludwig-Maximilians Universität München

21.01.2015

**Vorurteile und gruppenbezogene
Menschenfeindlichkeit –
Wie sie funktionieren und was man
dagegen tun kann**

Prof. Dr. Beate Küpper – Hochschule Niederrhein

28.01.2015

**Deradikalisierungsprogramme in Europa.
Ein Überblick über Theorie, Geschichte
und aktuelle Landschaft**

Manfred Scheunduber – Forschungsstelle:
Comparative Research on Prevention

04.02.2015

**Hip, netzaffin, rechtsextrem –
Neonazistategien im Web 2.0**

Malte Switkes vel Wittels – Amadeu Antonio Stiftung, Berlin

„Der Konflikt wird in der Öffentlichkeit gewonnen.“

Interview mit der Humboldtallee 9

redical M (rM): Hallo! Beschreibt doch einmal eure Situation.

Humboldtallee 9 (Hg): Das Wohnheim Humboldtallee 9 wurde nie besetzt, aber wurde aufgrund der Besetzung der Augenklinik in studentischen Wohnraum umgewandelt. Die Leute aus den vier WGs kennen sich gut und verstehen sich auf politischer und sozialer Ebene. Das ermöglicht einen angenehmeren Alltag und politische Handlungsfähigkeit.

In der Vergangenheit konnten wir informell mitbestimmen, welche WG hier nachzieht, wenn ein Mietvertrag ausläuft, indem sich Leute bei der Hausgemeinschaft vorstellten. Nun hat das Studentenwerk nach dem Auslaufen des Mietvertrags für die Dachgeschoss-WG beschlossen, diese Wohnung von einer WG in drei einzeln vermietete Zimmer umzuwandeln und abseits eines Wartelistenverfahrens ausschließlich internationale Studierende einziehen zu lassen. Eine Mitbestimmung bei der Auswahl war für uns damit nicht mehr gegeben.

Außerdem kündigte das Studentenwerk an, im ganzen Haus eine neue Schließanlage einzubauen. Für jede Zimmertür sollte es – anders als bisher – ein Schloss geben. Uns war klar, dass diese Maßnahme geschehen sollte um mittelfristig eine Umstrukturierung aller WGs zu Einzelzimmer-Wohnungen zu ermöglichen.

rM: Wie konnte es dazu kommen? Wie schätzt ihr das Verhalten des Studentenwerks politisch ein?

Hg: Jörg Magull, der Geschäftsführer des Studentenwerks, hat vor zweieinhalb Jahren in der taz gesagt, dass er an dem Weiterbetrieb von Wohnheimen unter 200 Plätzen langfristig nicht interessiert ist, weil diese nicht wirtschaftlich genug seien. Daraufhin gründete sich die Wohnrauminitiative, startete eine Kampagne dagegen, und Magull musste in der Öffentlichkeit zurückrudern. Uns scheint aber, dass er dieses Ziel jetzt auf anderem Wege zu erreichen versucht. Seit längerem ist es Praxis des Studentenwerks, in kleinen, traditionell linken Wohnheimen, beispielsweise im Kreuzberg, die Wohnungen wie in der Humboldtallee 9 geplant umzuwandeln. Dadurch, dass viele internationale Studierende, die das Studentenwerk gerne für ihre Zwecke instrumentalisiert, nur ein halbes Jahr in Göttingen bleiben, ist das Ergebnis nicht nur eine Vereinzelnung der Mietenden durch Einzelzimmer, sondern auch eine ständige Fluktuation im Haus. So ist es schwieriger, Widerstand gegen Vorhaben des Studentenwerks zu entwickeln.

Nach der Abwicklung widerständiger Wohnkultur wurden Häuser dann saniert, möglicherweise um sie mittelfristig für einen Verkauf herzurichten.

Politischer Widerstand ist Sand im Interessensgetriebe des Studentenwerks. Für unser Haus sollte hier der erste Schritt in Richtung Entpolitisierung gegangen werden.

rM: Was habt ihr dagegen getan? Welche Lösungsvorschläge habt ihr angeboten?

Hg: Als das Studentenwerk uns im August mitteilte, was sie mit dem Dachgeschoss vorhatten, war uns klar, dass dies der erste Schritt zu einer Umstrukturierung des gesamten Hauses sein würde. Wir wussten, dass wir bereits diesen Schritt verhindern mussten, sonst wäre unsere Hausgemeinschaft in dieser Form dahin gewesen und politisch würden wir nicht wieder die daraus folgende Kraft haben.

Wir haben uns frühzeitig Gedanken gemacht und einen groben Plan entworfen. Dieser wurde in der Folgezeit immer wieder verändert und der aktuellen Situation und Analysen angepasst. Uns war klar, dass wir den Konflikt nur auf politisch-öffentlicher Ebene gewinnen konnten, deshalb

suchten wir früh Kontakt zu Politiker*innen und traten in Austausch mit der Presse. Die Eingebundenheit in ein größeres Projekt (Wohnrauminitiative) war dabei von besonderer Bedeutung, da die Wohnrauminitiative anders auftreten konnte und ihre Bekanntheit nutzte. Auch konnten wir – insbesondere im Falle einer polizeilichen Eskalation seitens des Studentenwerks – auf die Unterstützung durch die linke Szene vertrauen.

Als nächster Schritt wurde das Studentenwerk – wie zuvor ihrerseits die Hausgemeinschaft – vor vollendete Tatsachen gestellt: Das Dachgeschoss war schon bewohnt – und wir begannen die Verhandlungen. Gleichzeitig steigerten wir sukzessive den politischen Druck. Unser Lösungsvorschlag war von Anfang an, die Selbstverwaltung juristisch durch einen Verein zu formalisieren.

rM: Gab es konkrete Drohungen seitens des Studentenwerks?

Hg: Nachdem die Tür zur Dachgeschosswohnung verschwand und neue Mieter*innen dort einzogen, drohte uns das Studentenwerk mit Anzeigen wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Einbruchsdiebstahl und Beihilfe. Sie behaupteten, dass daraufhin Entmietung und Exmatrikulation möglich wären. Das Präsidium der Universität teilte diese Einschätzung in einer E-Mail. Wir ließen diese Drohungen durch solidarische Anwalt*innen prüfen, die uns versicherten, dass dies juristisch kaum möglich sei.

rM: Welche Einigung wurde erzielt? Seid ihr zufrieden? Wie sieht die Zukunft für euch aus?

Hg: Die Humboldtallee 9 hat nun eine Satzung für das Haus, die uns die Nutzung von Räumen und Flächen zusichert und – noch wichtiger – die Zusicherung, dass wir mittels eines Belegungsausschusses entscheiden dürfen, welche Liste nach der Bewerbung beim Studentenwerk einziehen darf. Diese Satzung kann einseitig vom Vorstand des Studentenwerks aufgekündigt werden und ist nur ein juristisches Dokument, doch gehen wir davon aus, dass wir für einige Jahre den Konflikt damit vertagt haben. Uns schien es unter den Umständen unsicher, ob wir eine Vereinslösung erreichen würden. Die Unterstützung der Öffentlichkeit, insbesondere der Politik, hätte ein Ablehnen dieses Vorschlags wohl kaum verstanden. In jedem Fall wäre der Konflikt eskaliert und wir wären am Ende womöglich leer ausgegangen. Deshalb ist diese Verbesserung des status quo – die unsere Kernforderung nach Mitbestimmung bei der Belegungspolitik voll erfüllt – für uns eine gute Lösung.

Wir finden es wichtig, Einschränkungen und Angriffe nicht einfach zu akzeptieren, sondern gemeinsam etwas dagegen zu unternehmen. Dieser Konflikt zeigte uns, dass man gewinnen kann, obwohl man am Verlieren ist. Jedoch immer auf politischer, kaum auf juristischer Ebene. Häuser wie der KBR 20 hatten die schönsten Satzungen und auch Häuser mit Vereinen lassen sich loswerden, sei es über einen Verkauf, umfassenden Sarnierungsbedarf oder andere Spitzfindigkeiten. Der Konflikt wird in der Öffentlichkeit gewonnen. Vor Gericht verlieren wir. Die Öffentlichkeit ist auch der Ort, wo wir ihn, wenn das Studentenwerk wieder angreifen wird, erneut austragen werden.

Der gewonnene Konflikt gibt uns die Stärke, weiterzumachen und wir hoffen, dass unser Engagement anderen Häusern und Personen zeigt: Widerstand lohnt sich. ■



me“ und seinem folgenden Lebenswerk. Raum ist dabei nichts Gegebenes, Vorgefundenes, sondern Ausdruck gesellschaftlicher sozialer Praxis und wird von den Menschen produziert. Er arbeitete drei Momente räumlicher Produktion heraus: Räumliche Praktiken, die auf Erfahrungen basieren, die Repräsentation von Raum, die die Wahrnehmung von Räumen fertigt, sowie die Räume der Repräsentation, welche die Vorstellung von Räumen bestimmt. Diese drei Momente werden durch die in der Gesellschaft spezifischen Produktionsverhältnisse hergestellt. Das Recht auf Stadt basiert daher auf der Idee einer Neubestimmung sozialer gesellschaftlicher Praxen im Raum. Im Zuge der Urbanisierungsprozesse nach 1945 stellt Lefebvre fest, dass Städte nur noch nach dem Verwertungsprinzip gebaut und organisiert werden. Dementsprechend seien für einen Großteil nur noch Wohnmaschinen und Käfige zum Wohnen vorhanden. Als jemand, der an den historischen Materialismus und sein notwendiges Gesetz „glaubt“, sieht er das Potenzial einer urbanen Revolution, die die kapitalistischen Verhältnisse kippt und einen neuen sozialen Raum produziert. Übrigens war Lefebvre auch kein Freund sozialistischen Wohnens, weil er erkannte, dass der Realsozialismus kein neues Verhältnis zu Räumen entwickelte, sondern den kapitalistischen Raum nur sozialistisch überformte. David Harvey, marxistischer Geograph, der an Lefebvres Lebenswerk anknüpft, formuliert die Frage der sozialen Kämpfe um Stadt wie folgt: „Wie kann die Linke die Notwendigkeit, sich aktiv in die kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten der Wertbestimmung auf dem Weltmarkt einzubringen, mit dem Entwurf einer Alternative zu eben diesen Gesetzen verbinden, während sie die vereinigten Arbeiter dabei unterstützt, sich selbst zu verwalten und demokratisch und kollektiv darüber entscheiden, was sie auf welche Weise produzieren werden?“ (Rebellische Städte S. 221). Und das ist auch für uns die zentrale Fragestellung, wenn wir eine Alternative zur kapitalistischen Gesellschaft denken und praktisch umsetzen wollen.

Die Rebellionen in deutschen Städten bleiben vorerst aus. Vielmehr sind die Aktionsformen im Kampf gegen Gentrifizierung Nadelstiche und in weiten Teilen gesellschaftlich kaum vermittelbar. Das Einwerfen von Latte Macciato, Bio- und sonstigen dem gehobenen Preissegment angehörigen Läden oder das „Abfackeln von Bonzenkarren“ und Möbelläden zeigt viel von der aufgeregten Wut, die Gentrifizierungsprozesse mit sich bringen, aber als konsistente Abwehrstrategien können solche Aktionen nicht gelten. Abgesehen davon, dass sich kapitalistische Verhältnisse nicht durch autonome Einzelmilitanz beeindrucken lassen und symbolische Aktionen des Widerstands bleiben, ist die Feindbildkonstruktion einiger Antigentrifizierungskämpfer*innen hochgradig problematisch. Die Vorstellung z.B., dass Schwaben in Berlin „Schwabylon“ errichten wollen würden, ist eine Projektion. Auch wenn es bestimmt jede Menge „Neuberliner*innen“ gibt, die wohlhabend sind oder auch zu den Stadtteilaufwerter*innen gehören und aus dem Schwabenländle kommen, dürfte die Zahl bei weitem nicht so hoch sein, wie immer getan wird. Des Weiteren ist jedoch auch nichts dadurch gewonnen, wenn die vermeintlichen „Bonzen-Schweine“ regional zuordnen, anstatt festzustellen, dass sie Bourgeoise und Kapitalist*innen sind und damit andere Interessen vertreten, eigene Organisationsformen ihrer Einzelkapitalinteressen haben und auch andere Ordnungsvorstellungen innerhalb einer Stadt usw. Die Frage ist daher: Wie kann eine gesellschaftlich vermittelbare soziale Kampfform möglichst viele Menschen organisieren, politisieren und gesellschaftlichen Druck erzeugen, ohne dass ideologische Reflexe wie „scheiss Touristen!, scheiss Schwaben!, scheiss Zugezogene!, scheiss Hipster! usw. Proteste und Protestformen bestimmen. Ein weiterer Punkt, der zu beachten wäre, ist der, dass nicht angefangen wird, Kieze und Viertel zu romantisieren. Denn die meisten Aufwertungs-Viertel

wurden durch die Arbeiterklasse sozial produziert und dies nicht freiwillig, sondern weil sie in unmittelbarer Nähe zur Produktion wohnen sollten und zugleich auch besser von den jeweiligen Herrschenden kontrolliert werden konnten. Und organisch gewachsene Viertel gibt es schon gar nicht. Das ist die plumpe nationalistische Antwort, die auf ein Viertel oder einen Standort, als Zwangskollektiv gedacht, angewendet wird. Wir wollen an dieser Stelle nicht jede Praxis, ob militant oder nicht, gegen Gentrifizierung an den Pranger stellen. So halten wir Sabotageakte, Störungen in Abläufen, symbolische Angriffe auf Immobilienkonzerne und deren Skandalisierungen, sowie Verhinderungen von Zwangsräumungen mit unterschiedlichsten Mitteln usw. für durchaus taugliche Mittel, gegen diese Prozesse vorzugehen, würden aber dazu sagen wollen, dass sich diese Formen auch gesellschaftlich erklären lassen müssten. Einerseits durch politische Kampagnen – Aufklärung – und andererseits durch die Ziele selbst. Dafür steht auch der Begriff der sich selbst vermittelnden Praxis. Ein letzter Punkt, der sich ebenfalls unserem Verständnis entzieht, betrifft das Abfeiern von schlechten Wohnverhältnissen. Parolen wie „gegen Luxussanierung“ lassen zwar den Kern der Kritik erkennen, also etwa: „Das was jetzt hier passiert gefällt uns nicht, weil es Menschen aus ihren Vierteln verdrängt“, aber der Subtext sagt nur: „Hört auf die Häuser zu verändern, weil es uns so passt und wir damit Babschmerzen haben. Lieber broken, statt chic!“ An einer Renovierung, Modernisierung usw. ist aber erst einmal nichts auszusetzen. Das heißt, einen maroden Zustand eines Hauses, einer Wohnung zu beheben ist per se für alle Menschen wünschenswert. Das Problem ist ja auch nicht die Renovierung, sondern die dadurch steigende Miete, die geblecht werden muss und den Ausschluss organisiert. Folglich wäre die Forderung „Luxuswohnungen für Alle!“ viel zielführender, weil sie einen konkreten Widerspruch der kapitalistischen Reichumsverteilung aufzeigt und deutlich macht, dass Luxus als Begriff nur dann Sinn macht, wenn wenige diesen erlangen können. Gleichzeitig wendet sich die Parole gegen das Genügsame untertänige Vier-Wände-und-ein-Dach-bedeutet-Freiheit-Gerede! Ja, es bedeutet Freiheit, aber eben die doppelte Dröhnung wie eingangs beschrieben. Deswegen ist Wohnraumkritik und Gentrifizierungskritik immer im Kontext einer Kritik an der Lohnarbeit und der Wertverwertung als gesellschaftliches Verhältnis zu bestimmen und nicht als Masterplan einiger weniger „Bonzen“, die sich absprechen.

Kurz gesagt, wir wollen mehr für alle und zwar nach den jeweiligen Bedürfnissen der Individuen, jenseits kapitalistischer Verwertung. Dies muss die Maxime kommunistischer Produktion und Reproduktion sein. Nicht der Markt regelt als Abstraktion die Geschicke der Menschen hinter ihrem Rücken, sondern diese selbst koordinieren, kooperieren, produzieren und reproduzieren ihr Leben und ihre Räume bewusst als soziale und gesellschaftliche Praxis jenseits nationalistischer, antisemitischer, rassistischer, sexistischer, homophober usw. Vorstellungen. Dafür treten wir ein und dafür kämpfen wir. ■

Don't believe the hype

Am 26. Oktober rief die Gruppierung „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) in Köln zu einer Demonstration auf. Ohne hier auf die genauen Geschehnisse eingehen zu wollen, bleibt festzuhalten, dass an diesem Tag ein Level an nationalistischer Gewalt in Deutschland erreicht worden ist wie schon lange nicht mehr. Wie kommt das? Von der Goldenen Morgenröte aus Griechenland bis hin zum französischen Front National ist derzeit ein gesamtgesellschaftlicher Rechtsruck in Europa deutlich spürbar. Und dies ist keineswegs ein Zufall. Die anhaltende Weltwirtschaftskrise hat in weiten Teilen Europas das soziale Gefüge komplett auf den Kopf gestellt. Langanhaltende, wirtschaftliche Talfahrten ganzer Volkswirtschaften haben gleichsam zur sozialen Verrohung und Stärkung nationalistischer Tendenzen in den betroffenen Regionen geführt.

Dies gilt sowohl für rechte Gruppierungen und Parteien wie der ungarischen Jobbik oder der englischen UKIP als auch für die jüngsten Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien oder Schottland.

Da die kapitalistischen Individuen begriffen haben, dass ihr Überleben untrennbar mit dem wirtschaftlichen Wohlergehen ihrer Nation verbunden ist, tun sie (nicht nur in Krisenzeiten) alles um dies zu gewährleisten.

Und so sehnen sich europaweit Menschen zurück in vermeintlich bessere Zeiten als man „noch seine eigene Währung hatte“. Da der Austritt aus der Währungsunion für die Mitgliedsstaaten jedoch unrealistisch bzw. unmöglich ist, liefert die von Politik und Medien propagierte „massenhafte Einwanderung in unsere Sozialsysteme“ einen willkommenen Sündenbock für all die, die in der Krise bereits Hab und Gut verloren haben oder vor dieser Möglichkeit Angst haben.

Das Klientel aus stumpf patriotischen Fußballfans und dem Kameradschaftsspektrum in Köln ließ und lässt also keinen Zweifel daran, dass es sich hierbei um eines von vielen hässlichen Symptomen handelt, die der moderne Kapitalismus (besonders in Krisenzeiten) produziert.

So zogen in Köln rund 5.000 Menschen durch die Stadt. Angetrieben von herbei konstruierten Gefahren und simpelster Feindbildkonstruktion, in denen Deutschland durch vermeintlich fremde Mächte gefährdet würde (Islamisierung). „Überall werden den Leuten die Köpfe abgeschlagen“ und sie sind der diffusen Ansicht, dass Hooligans eine gesellschaftlich akzeptierte Gruppe seien, dessen Worte in der Öffentlichkeit Gewicht hätten. Der ISIS-Terror als Chiffre für Muslim*innen bzw. „Ausländer“ gepaart mit dem Totalversagen der Polizei lieferte für Demo-Teilnehmer*innen eine gute Bühne ihren rassistischen und menschenverachtenden Ansichten freien Lauf zu lassen: Es kam zu Jagdszenen auf nicht-deutsch aussehende und vermeintlich linke Menschen, Attacken auf z.B. ausländisch imaginierte Imbissläden und Straßenschlachten mit der Polizei machten diesen Sonntag zu einem Nazierlebnisevent, an dem sie zukünftig gerne anknüpfen würden. Nachdem vorerst in Hamburg und Berlin weitere Demos geplant waren, bekamen die hamburger „Hool-Kameraden“ aufgrund des befürchteten antifaschistischen Protests kalte Füße.

Wir blicken mit Sorge auf diese Entwicklung, dass in Köln und anderen Städten der Schulterschluss zwischen offenen rassistischen und faschistischen Gruppen mit äußerst gewaltbereiten Gruppierungen – militanten Sarrazins – offenbar reibungslos abläuft. Es ist jedoch kein wirklich neues Phänomen. Gleichzeitig wollen wir jedoch auch darauf verweisen, dass derartige regressive Ausschreitungen Produkte dieses Kapitalismus sind und rassistische Politiken ein solches Moment befördern. Neben Nazis und Nazihoods müssen jedoch auch Mittel gefunden werden islamfaschistische Strukturen zu zerschlagen. Der Zangenbewegung der Regression gilt unsere Feindschaft.

Wer vom Faschismus redet, darf vom Kapital nicht schweigen! Fuck Nazi (-Hools), Fuck ISIS! Feinden der Emanzipation entgegengetreten! ■

UMSGANZE.ORG
NOWKR.AT

THERE IS AN ALTERNATIVE!

KOMMUNISMUS STATT STANDARDTANZ

GEGEN DEN AKADEMIKERBALL IN WIEN
30. JANUAR 2015